



Haushalts- und Finanzausschuss

77. Sitzung (öffentlich)

4. März 2004

Düsseldorf - Haus des Landtags

11:00 Uhr bis 12:40 Uhr;

12:50 Uhr bis 13:55 Uhr

Vorsitz: Volkmar Klein (CDU)

Stenograf: Franz-Josef Eilting

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Geschäftsergebnis der WestLB AG im Jahr 2003 und weitere Entwicklung der WestLB AG

1

Gespräch mit dem Vorstandsvorsitzenden der WestLB AG, Herrn Dr. Thomas R. Fischer, und dem Aufsichtsratsvorsitzenden der WestLB AG, Herrn Dr. Bernd Lühje

- Einleitende Ausführungen des Vorstandsvorsitzenden Dr. Thomas Fischer (WestLB AG) 1
- Ergänzungen durch den Aufsichtsratsvorsitzenden Dr. Bernd Lühje (WestLB AG) 5
- Ausführungen von Finanzminister Jochen Dieckmann 5

In dem anschließenden Gespräch beantwortet Vorstandsvorsitzender Dr. Thomas Fischer (WestLB AG) Fragen von Abgeordneten aller Fraktionen. 7

2 Gesetz zur Umstrukturierung der Landesbank Nordrhein-Westfalen zur Förderbank des Landes Nordrhein-Westfalen und zur Änderung anderer Gesetze 14

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/4578

Vorlagen 13/2453, 13/2527, 13/2587, 13/2647, 13/2652, 13/2703 und
13/2704

Zuschriften 13/3605, 13/3722, 13/3723, 13/3725, 13/2727, 13/2728,
13/2729, 13/3740, 13/3743, 13/3744 und 13/3778

Ausschussprotokoll 13/1143

Der Ausschuss stimmt ohne erneute Aussprache über die mit Vorlage 13/2704 eingebrachten sieben **Änderungsanträge** der Fraktionen der SPD und der Grünen, denen die Fraktionen der CDU und der FDP als Antragstellerinnen beitreten, nach Vornahme einer Änderung (s. Seite 15) gemeinsam ab. Sie werden einstimmig **angenommen** (s. auch *Beschlussempfehlung und Bericht Drucksache 13/5121*).

In der **Schlussabstimmung** wird der **Gesetzentwurf** der Landesregierung unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen einstimmig **angenommen**.

Berichterstatter: Volkmar Klein (CDU)

3 Flexible Stellenbudgets zugunsten von Schulen mit besonderem Förderbedarf 15
- Neue Spielräume für individuelle Förderung schaffen -

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 13/4701

Vorlage 13/2577

Nach kurzer abschließender Beratung **empfiehlt** der HFA dem federführenden Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, der CDU und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der FDP, den **Antrag abzulehnen**.

- 4 Gemeinschaftsaufgabe nach Artikel 91a GG;
hier: 32. Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der
Agrarstruktur und des Küstenschutzes"** 16

Vorlage 13/2500

Der Ausschuss **empfiehlt** dem Landtag ohne Diskussion mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP, die Vorlage **zur Kenntnis zu nehmen**, ohne Empfehlungen gegenüber der Landesregierung auszusprechen.

Berichterstatter: Klaus Strehl (SPD)

- 5 Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2000/59/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27.11.2000 über Hafenauffangeinrichtungen für Schiffsabfälle und Ladungsrückstände für das Land Nordrhein-Westfalen – Landes-Hafenentsorgungsgesetz** 17

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/4579

Ohne Aussprache **empfiehlt** der HFA dem federführenden Ausschuss mit den Stimmen aller Fraktionen, den **Gesetzentwurf anzunehmen**.

- 6 Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die kommunalen Versorgungskassen und Zusatzversorgungskassen im Lande Nordrhein-Westfalen - VKZVKG** 17

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/4611

Zuschrift 13/3614

Nach kurzer Beratung **empfiehlt** der HFA dem federführenden Ausschuss mit den Stimmen aller Fraktionen, den **Gesetzentwurf anzunehmen**.

7 Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen 18

Gesetzentwurf
der Fraktion der FDP
Drucksache 13/4559

Vorlage 13/2679

Der Ausschuss diskutiert über die beantragte Verfassungsänderung.

Von der Fraktion der Grünen wird beantragt, den Gesetzentwurf ohne Votum weiterzugeben, während die FDP-Fraktion beantragt, über den Gesetzentwurf abzustimmen.

Entsprechend dem Antrag der Grünen **beschließt** der Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP, **kein Votum abzugeben**.

8 Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen und zur Regelung eines Kostenfolgeabschätzungs- und eines Beteiligungsverfahrens gemäß Artikel 78 Abs. 3 der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen 21

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/4424

Vorlagen 13/2660 und 13/2676

Zuschriften 13/3696, 13/3707, 13/3708 und 13/3724

Ausschussprotokoll 13/1138

Nach kurzer Aussprache **beschließt** der Ausschuss einstimmig, auch diesen Gesetzentwurf **ohne Votum weiterzugeben**.

9 Vorläufiger Haushaltsabschluss 2003 21

Vorlage 13/2670

Im Rahmen einer kurzen Erörterung nimmt der Ausschuss die Vorlage zur Kenntnis.

10 Verschiedenes

23

Der Ausschuss **beschließt** einvernehmlich die Durchführung einer **Kommissionsreise** nach Wien und Budapest vom 1. bis 4. Juni 2004.

Anschließend richtet Manfred Palmen (CDU) zwei Fragen an das Finanzministerium, die im Detail schriftlich beantwortet werden sollen.

8 Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen und zur Regelung eines Kostenfolgeabschätzungs- und eines Beteiligungsverfahrens gemäß Artikel 78 Abs. 3 der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/4424

Vorlagen 13/2660 und 13/2676

Zuschriften 13/3696, 13/3707, 13/3708 und 13/3724

Ausschussprotokoll 13/1138

Vorsitzender Volkmar Klein teilt mit, dieser Gesetzentwurf sei an den Hauptausschuss - federführend - und an den HFA und den Ausschuss für Kommunalpolitik zur Mitberatung überwiesen worden. An der Anhörung des Hauptausschusses am 5. Februar habe sich der HFA nachrichtlich beteiligt.

Der Hauptausschuss wolle am 18. März abschließend beraten. Die CDU-Fraktion habe dort mit Vorlage 13/2660 einen Änderungsantrag gestellt. Nach seinen Informationen fänden zurzeit interfraktionelle Gespräche statt, sodass sich vielleicht empfehle, nicht abzustimmen, sondern den Gesetzentwurf ohne Votum weiterzugeben.

Manfred Palmen (CDU) bestätigt, dass zurzeit Gespräche stattfänden, sodass es möglicherweise auf der Basis des Vorschlags von Prof. Kirchhof, den die CDU-Fraktion für geeignet und belastbar halte, eine Lösung geben könne. Seine Fraktion sei einverstanden, den Gesetzentwurf ohne Votum weiterzugeben.

Damit ist **Gisela Walsken (SPD)** einverstanden. Es sei sinnvoll, auf der Basis des Vorschlags von Prof. Kirchhof um eine gemeinsame Position zu ringen. - **Marianne Thomann-Stahl (FDP)** und **Edith Müller (GRÜNE)** unterstützen das.

Der **Ausschuss** beschließt einstimmig, den Gesetzentwurf ohne Votum weiterzugeben.

9 Vorläufiger Haushaltsabschluss 2003

Vorlage 13/2670

Manfred Palmen (CDU) bittet, die Differenz zwischen der Nettoneuverschuldung von 6.552 Millionen € laut Vorlage 13/2670 und dem Betrag von 6.772 Millionen €, der sich aus Vorlage 13/2687 - Entwicklung des Schuldenstandes - ergebe, zu erläutern.

MDgt Dr. Berg (FM) legt dar, es sei z. B. jetzt noch möglich, Schulden für das Jahr 2003 aufzunehmen, und im Jahr 2003 seien noch Kredite für das Haushalts-